

Aachen, 24. Mai 2017

STATEMENT

**Dr. Andreas Martin,
Vorstandsmitglied des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

**Karlspreis-Europa-Forum:
Aufbruch oder Niedergang – Wie viel Union
ist (noch) in Europa?**

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 00
Telefax: (030) 20 21-13 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wofür steht die Europäische Union (EU)? In den vergangenen Jahrzehnten hatte weitgehende Einigkeit über die zahlreichen Vorteile des europäischen Projekts bestanden. Ganz vorne stand die Friedensdividende, sichtbar in einer historisch einmalig langen Zeit ohne kriegerische Auseinandersetzung unter den Mitgliedsstaaten. Die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan Anfang der 1990er Jahre oder aktuell in der Ukraine machen deutlich, welch unschätzbaren Wert alleine hiermit verbunden ist. Als weitere zentrale Vorteile haben die Bürgerinnen und Bürger die aus dem Binnenmarkt hervorgehende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die Achtung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die guten Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten sowie den Lebensstandard in der EU gesehen.

So gesehen ist „noch ganz viel Union in Europa“. Aber: Wieviel Union wäre denn der sinnvolle Sollwert, gegen den man eine Istsituation messen möchte?

Aus meinem persönlichen und beruflichen Hintergrund will ich auf diese Frage nur in wirtschaftlicher Hinsicht eingehen. Und um es vorwegzunehmen: Ich denke nicht, dass eine isolierte Maximierung von wirtschaftlicher Union der richtige Sollwert wäre.

Denn das wirtschaftliche System steht ja nicht isoliert innerhalb des gesellschaftlichen Systems. Es wird vielmehr flankiert vom politischen System und vom Wertesystem. Diese Systeme sollten in einem Gleichgewicht zu einander stehen. Wenn ein System in der Harmonisierung den anderen vorseilt, dann besteht ganz häufig die Gefahr enttäuschter Erwartungen.

Wenn beispielsweise in den Wertesystemen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedliche Vorstellungen zur Steuermoral verankert sind, dann wird es schwierig ein einheitliches Steuersystem zu postulieren, das in allen Mitgliedsstaaten zu gleichen wirtschaftlichen Ergebnissen führt.

Überzogene Erwartungen an das Wirtschaftssystem, die ohne parallele Harmonisierung in den weiteren Systemen zwangsläufig zu Enttäuschungen führen, sollten wir im Interesse der Europäischen Union vermeiden. Sonst steigt die Gefahr des Nationalismus, gerade auch innerhalb der geld- und währungspolitisch bereits harmonisierten Eurozone. So hat die europäische Finanz- und Schuldenkrise gezeigt, dass die Politik auf eine solche Dimension nicht vorbereitet war. In einigen Ländern waren die fiskalischen Spielräume schon vor der Krise praktisch ausgeschöpft. Daher mussten neue Mechanismen der europäischen Solidarität geschaffen werden, wie etwa der Eurorettungsschirm ESM. Die Bankenunion soll zudem

sicherstellen, dass künftig nicht mehr infolge von Mängeln in der nationalen Bankenaufsicht weitere Finanzkrisen entstehen, die zu staatlichen Schieflagen führen. Doch wie sollen diese Mechanismen Vertrauen schaffen, wenn bei der ersten Anwendung der Bankenrestrukturierungsrichtlinie in Italien gleich auf die normalerweise vorgesehene Gläubigerhaftung verzichtet wird?

Auch haben die Bürgerinnen und Bürger ein verzerrtes Bild der Wirtschaft erhalten. Denn eigentümergeführte Unternehmen im wirtschaftlichen Mittelstand haften weiterhin für ihre Entscheidungen. Ein Hinweis in eigener Sache: Auch große Teile der Kreditwirtschaft und dazu gehört auch die genossenschaftliche FinanzGruppe in Deutschland konnten die Herausforderungen der Krise ohne staatliche Unterstützung bewältigen.

Eine tiefe Verunsicherung hat auch die Geldpolitik ausgelöst. Seit April 2009 ist die Europäische Zentralbank auf einem ultralockeren Kurs. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger fragen sich inzwischen, wie lange dies noch weitergehen kann, auch geldpolitische Experten wie etwa in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schätzen die Risiken der Geldpolitik inzwischen deutlich größer ein als ihren Nutzen. Mit Blick auf die gefestigte Erholung der Konjunktur im Euroraum und die Normalisierung der Inflation wäre es nicht nur geldpolitisch richtig, den geldpolitischen Ausstieg einzuleiten, sondern auch eine Maßnahme zur Stärkung der Zuversicht in der Bevölkerung, ein Signal dafür, dass wir die Krise allmählich hinter uns lassen.

Wirtschaftspolitische Regeln müssen durchgesetzt werden

Eine der zentralen Lehren aus der Krise ist, dass die wirtschaftspolitischen Regeln, die richtigerweise für den Euroraum vereinbart worden sind, eingehalten werden müssen. Nicht nur ist ansonsten die Stabilität des Euro gefährdet, auch dürfen sich die europäischen Institutionen nicht über ein zurückgehendes Vertrauen in der Bevölkerung wundern, wenn sie Regelüberschreitungen der Mitgliedsstaaten immer wieder ungestraft hinnehmen.

Im Zentrum der Euroregeln stehen die Haushaltsregeln des Maastrichter Vertrags, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt präzisiert sind. Die Einhaltung der Haushaltsregeln ist kein Schönheitswettbewerb, sondern eine unverzichtbare Stabilitätsanforderung. Eine vorsichtige öffentliche Kreditaufnahme und moderate Schuldenstände schaffen Flexibilität in schwierigen Zeiten.

Als im vergangenen Juli erstmals Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten beschlossen wurden, es ging um Spanien und Portugal, war die politische Lösung die Sanktion auf null festzusetzen. Wenig hilfreich für die Glaubwürdigkeit des Regelwerks ist es, wenn die Kommission als Hüterin der Verträge sich selbst als „politische Kommission“ begreift.

Europa, insbesondere aber der Euroraum, braucht eine Stabilitäts- und Wachstumskultur

Seit Jahren debattiert Europa intensiv über die Frage, welche institutionellen Reformen noch erforderlich sind, um den Euro für die Zukunft krisenfest aufzustellen. Weitreichende Vorschläge enthielt beispielsweise der sogenannte Fünf-Präsidenten-Bericht vom Juni 2015. Unter anderem enthielt das Papier als längerfristige Perspektive die Einrichtung einer Fiskalkapazität zur makroökonomischen Stabilisierung des Euroraums.

Die Zeiten für große Reformvorhaben sind aktuell nicht besonders günstig. Alleine schon der Brexit wird die europäische Politik in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Es ist schwer vorstellbar, dass gleichzeitig weitreichende Reformen auf den Weg gebracht werden, die eine Änderung der europäischen Verträge mit sich bringen.

Die diskutierten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Währungsunion sind zur unmittelbaren Krisenbewältigung aktuell auch nicht nötig. Die Konjunktur des Euroraums befindet sich wieder auf dem Weg in die Normalität.

Was wir wirklich für eine funktionsfähige Währungsunion benötigen, ist eine ausreichende Gleichförmigkeit der Staaten bei der Wirtschaftsleistung, außerdem eine hohe Anpassungsfähigkeit bei wirtschaftlichen Störungen, also ausreichend flexible Arbeits- und Produktmärkte, und drittens einen moderaten Schuldenstand.

Diese drei wirtschaftspolitischen Herausforderungen sind aber Handlungsfelder der nationalen Wirtschaftspolitik. Gelingt es, eine solche Stabilitäts- und Wachstumskultur zumindest in den großen Volkswirtschaften zu etablieren, so sind keine weiteren tiefgreifenden Reformen mehr erforderlich, um die Zukunft des Euro zu sichern.

Die europäischen Staaten haben sich in den europäischen Verträgen auf das Ziel einer immer engeren Union, gleichzeitig aber auch dem Prinzip der Subsidiarität als einer möglichst bürgernahen Entscheidungsfindung verpflichtet. Das wichtigste Prinzip ist dabei der

Gleichklang von Haftung und Kontrolle. Das ist ein grundlegendes Element jeder guten Governance.

Überlegenswert im Sinne einer Stärkung der Governance ist der Vorschlag, die Haushaltskontrolle beim Rettungsschirm ESM im Rahmen der Weiterentwicklung bei einem Europäischen Währungsfonds anzusiedeln, wie es der deutsche Finanzminister und Karlspreisträger, Wolfgang Schäuble, angeregt hat. Vorteilhaft an dem Vorschlag wäre die Option, eine solche Reform in überschaubarer Zeit im Rahmen einer intergouvernementalen Organisation einzurichten.

Problematisch ist demgegenüber die Idee der Einrichtung eines Budgets der Eurozone. Befürworter möchten über ein solches Budget zunächst Schlüsselinvestitionen finanzieren. Perspektivisch sollen im Krisenfall auch Rettungsmittel bereitgestellt werden, wie aktuell vom Rettungsfonds ESM. Und schließlich soll das Budget im Fall großer Schocks Hilfeleistungen an die Mitgliedsstaaten leisten. Finanziert werden sollen die Finanzmittel über die Möglichkeit der Kreditaufnahme oder durch eine eigene Steuer.

Bei dem gemeinsamen Budget dürfte es sich aber praktisch vollständig um staatliche Zusatzausgaben handeln, die die Staatsschulden im Euroraum weiter in die Höhe treiben.

Meine Damen und Herren, ein kurzfristiger Zeitdruck besteht ohnehin nicht, insbesondere nicht bei der Weiterentwicklung des Euroraums. Reformoptionen muss die Europäische Union sorgfältig durchdenken, damit sich nicht aufgrund falscher Anreize ineffiziente Strukturen verfestigen und am Ende der nächsten Krise noch Vorschub geleistet wird. Dies wäre genau der falsche Beitrag des Wirtschaftssystems für das historische europäische Einigungswerk.